

Zahnärzt*innenschaft befürwortet die Aufnahme von Zahn- und Mundgesundheit in das Präventionsgesetz

Zahnärzt*innen-Umfrage des Forums Zahn- und Mundgesundheit

Im zehnten Jubiläumsjahr des Forums Zahn- und Mundgesundheit hat das Forum die Verbände und Interessenvertretungen der Zahnärzt*innenschaft, die 17 Landes Zahnärztekammern, sowie Wissenschaft und Praxis befragt, was ihre Wünsche an die Politik sind.¹ Die Umfrageergebnisse zeigen eindeutig: Die Zahnärzt*innenschaft wünscht sich, dass im Bereich Prävention in der Zahn- und Mundgesundheit mehr passiert. Die zentrale Forderung ist dabei, das Thema Zahn- und Mundgesundheit in der geplanten Neuauflage des Präventionsgesetzes zu verankern, als neuntes Ziel neben den 2015 festgelegten acht Gesundheitszielen.

Umfrageergebnisse

Ergänzung im Präventionsgesetz gefordert!

Die WHO hat in diesem Jahr eine „Globale Strategie zur Mundgesundheit“ verabschiedet, in der sie die Mitgliedsstaaten auffordert, mundgesundheitsliche Präventionskonzepte in allgemeine gesundheitspolitische Präventionsstrategien zu integrieren.



der Befragten bewerten dieses Ziel als sehr gut oder gut.



der Befragten halten es für sehr wichtig, dass die Bundesregierung das Thema Zahn- und Mundgesundheit im Rahmen der WHO-Strategie in das Präventionsgesetz aufnimmt.

Appell der Zahnärzt*innenschaft: Politik muss ein verlässlicher Partner werden!



66%

der Befragten sehen in der Politik keinen verlässlichen Partner für ihre Arbeit.

88%

der Befragten bewerten die Leistung der Bundesregierung im Bereich Zahn- und Mundgesundheit als ausreichend oder unbefriedigend.

Positive Ausnahme

Knapp über die Hälfte der Befragten attestieren der FDP die größten Kompetenzen im Bereich der Zahn- und Mundgesundheit. Die zweite Hälfte verteilt sich gleichmäßig auf die Parteien SPD, Grüne, CDU/CSU.

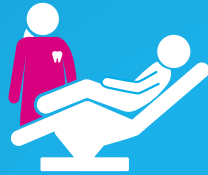
FDP

56%

44%

CDU/CSU
DIE GRÜNEN
SPD

Konkrete Forderungen: Das sind die Top Drei Wünsche an die Politik!



Verbesserte zahnmedizinische Versorgung von Patient*innen mit Behinderungen.



Bürokratieabbau: Mehr Zeit für die Behandlung von Patient*innen.



Förderung von Präventionsmaßnahmen und Gruppenprophylaxe.

Diese drei Themen der Zahn- und Mundgesundheit identifiziert die Zahnärzt*innenschaft als die drei wichtigsten in dieser Legislaturperiode:

Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz

70%



der Befragten empfehlen die Bereitstellung von Zahnbürsten am Arbeitsplatz.

50%



der Befragten empfehlen die Bereitstellung von Kaugummi.

Die Zahnärzt*innenschaft befürwortet zudem regelmäßige Prophylaxeschulungen und die Bereitstellung von fluoridiertem Speisesalz und von Mundspüllösungen. Nicht nur in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten sowie in Pflegeeinrichtungen ist Prävention laut der Zahnärzt*innenschaft sinnvoll, sondern auch am Arbeitsplatz.

Vulnerable Gruppen leiden unter schlechter Versorgungslage



bewerten die aktuelle **Versorgung vulnerabler Gruppen** im Bereich der Zahn- und Mundgesundheit als **gut**.



der Befragten bewerten die aktuelle **Versorgung vulnerabler Gruppen** im Bereich der Zahn- und Mundgesundheit als **ausreichend oder unbefriedigend**.

Zahn- und Mundgesundheit im Präventionsgesetz verankern

Die Legislaturperiode bietet die Chance, der ins Stocken geratenen Neuauflage des Präventionsgesetzes frischen Wind zu verleihen. Mit der Gesetzesnovelle kann der Zahn- und Mundgesundheit eine angemessene Bedeutung in der Präventionspolitik zukommen – konkret durch die Definition von Zahn- und Mundgesundheit als neuntes Gesundheitsziel. **Die Umfrageergebnisse zeigen, dass der Großteil der Zahnärzt*innenschaft eine solche Ergänzung im Präventionsgesetz fordert.** Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse deutlich, dass niedrigschwellige Präventionsmaßnahmen, bestehend aus Prophylaxeschulungen, der Bereitstellung von Kaugummi sowie Mundspüllösungen, nach Ansicht der Zahnärzt*innenschaft, nicht nur geeignete Präventionsmaßnahmen in Kitas und Schulen, sondern auch am Arbeitsplatz sind.

